



HIBS NEWSLETTER

April 2022

LEITARTIKEL: Förderschulen in
Niedersachsen müssen erhalten
bleiben

Ministerin Otte-Kinast bei
Betroffenen von Sturmschäden in
Merxhausen

Wolf ins Jagdrecht
aufgenommen



LANDTAGSWAHL

CDU-Niedersachsen

beschließt Landesliste

„HiBs“-Newsletter

CDU-Landesliste zur
Landtagswahl steht!



Förderschulen „Lernen“ müssen in ganz Niedersachsen erhalten bleiben

----- LEITARTIKEL

In Niedersachsen gibt es ein vielfältiges System von unterschiedlichen Förderschulen, die sich darauf spezialisiert haben, Kindern und Jugendlichen mit speziellen Förderbedarfen eine auf sie angepasste, optimale Lernumgebung zu bieten. Es gibt beispielsweise die Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung oder die Förderschule für geistige Entwicklung und weitere hoch spezialisierte Förderschulen, die mit der ersten Klasse beginnen und für die betroffenen Schülerinnen und Schüler auch den Bereich der weiterführenden Schule abdecken. Kinder mit den entsprechenden festgestellten Förderbedarfen bekommen hier alternativ zum inklusiven Besuch der regulären Grundschule und der regulären weiterführenden Schule ihre auf sie zugeschnittene Schulbildung. Außerdem gibt es die Förderschule Sprache in den Jahrgangsstufen eins bis vier, die sich an Kinder mit Förderbedarf bei der sprachlichen Entwicklung richtet und die Förderschule Lernen, die von Kindern und Jugendlichen mit Förderbedarf Lernen ab Jahrgangsstufe fünf als weiterführende Schule besucht werden kann.

Für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderbedarf Lernen gibt es ab Jahrgangsstufe fünf also zwei Möglichkeiten. Sie können im Rahmen der Inklusion entweder eine reguläre weiterführende Schule besuchen oder ihre Schullaufbahn an der Förderschule Lernen absolvieren und dort einen Förderschulabschluss oder – mit einem Jahr mehr Zeit als an der Hauptschule – auch den Hauptschulabschluss erwerben. Bis jetzt!

Nach derzeitiger Rechtslage sollen die Förderschule Lernen in Niedersachsen im Sommer 2028 auslaufen, also aufgelöst werden. Das anstehende Schuljahr 2022/23 soll das letzte Schuljahr sein, in dem eine neue fünfte Klasse aufgenommen wird, danach rücken die bestehenden Jahrgänge nach oben auf, von unten sollen keine neuen Jahrgänge mehr nachrücken – damit im Sommer 2028 der letzte Jahrgang aus den Schulen ausgerückt ist. Der Gedanke dahinter: Alle Schülerinnen und Schüler –

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

wir, die sieben Landtagsabgeordneten innerhalb der CDU-Fraktion, bilden das sogenannte „HiBs“-Team. „HiBs“ steht hierbei für die Regionen Hildesheim und Braunschweig. Als Abgeordnete unserer Regionen, machen wir uns im Landtag in Hannover gemeinsam für die Interessen der gesamten Region Südniedersachsen stark. Dabei ist es uns ein großes Anliegen, die Interessen der Menschen aus unseren Wahlkreisen auch direkt vor Ort zu unterstützen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und verbleiben mit herzlichen Grüßen

Ihre „HiBs“-Gruppe



Nach derzeitiger Rechtslage sollen die Förderschule Lernen in Niedersachsen im Sommer 2028 auslaufen, also aufgelöst werden. Das anstehende Schuljahr 2022/23 soll das letzte Schuljahr sein, in dem eine neue fünfte Klasse aufgenommen wird, danach rücken die bestehenden Jahrgänge nach oben auf, von unten sollen keine neuen Jahrgänge mehr nachrücken – damit im Sommer 2028 der letzte Jahrgang aus den Schulen ausgerückt ist. Der Gedanke dahinter: Alle Schülerinnen und Schüler – mit und ohne Förderbedarf – sollen die gleichen Bedingungen bekommen und zusammen lernen, niemand soll an einer Förderschule von vornherein 'ausgegrenzt' werden. Dies zumindest die Sichtweise von SPD und Grünen in Niedersachsen, die in ihrer Regierungszeit von 2013 bis 2017 das Aus für die Förderschule Lernen beschlossen hatten.

Wir als CDU halten das für einen großen Fehler! Ohne Frage: Die Inklusion kann ein sehr großer Erfolg sein. Die inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf Lernen an normalen Regelschulen kann sehr gut gelingen und den Schülerinnen und Schülern neue Möglichkeiten und Perspektiven öffnen, die vor der Inklusion nicht möglich gewesen wären. Die Regelschulen, also in erster Linie Gymnasien, Realschulen, Hauptschulen, Oberschulen und Gesamtschulen, können auch für Kinder mit Förderbedarf Lernen die beste Lernumgebung sein. Daran haben wir keinen Zweifel. Sie sind es aber eben nicht für alle Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf lernen. Es gibt einfach viele unter ihnen, die für sich in der geschützten und besonderen Umgebung der Förderschulen Lernen die besten Lernbedingungen vorfinden und sich hier am besten entwickeln können. Während manche Kinder mit Förderbedarf Lernen an Regelschulen von den anderen lernen und profitieren können, haben andere Kinder an Regelschulen einfach keine Chance, mit dem Lernstoff und der Geschwindigkeit der anderen Schülerinnen und Schüler mitzukommen. Frust entsteht, schwierige zwischenmenschliche Klassenstrukturen können die Folge sein. Für diese Schülerinnen und Schüler sind die Förderschulen Lernen, die sich seit Jahrzehnten auf die Beschulung von Kindern mit Förderbedarf Lernen spezialisiert haben, die beste Umgebung.

Die einzig logische Konsequenz aus diesen Feststellungen kann nur lauten, dass ein Nebeneinander beider Systeme die Option der Wahl sein muss. Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf Lernen und ihre Eltern sollten die freie Wahlmöglichkeit haben, entweder eine normale Regelschule in inklusiver Beschulung oder eine Förderschule Lernen mit besonderer Förderung zu besuchen.

Dafür aber ist Eile geboten. Damit das kommende Schuljahr 2022/23 nicht bereits das letzte sein wird, in dem in den Förderschulen Lernen in Niedersachsen eingeschult wird, muss in den

kommenden Monaten dringend die politische Entscheidung her, die Förderschulen Lernen über 2028 hinaus unbegrenzt zu erhalten. Genau das fordern wir als CDU! Genau das werden wir auch zu einem wesentlichen Wahlkampfthema im anstehenden Landtagswahlkampf machen. Es gibt ganz einfach keine vernünftige Erklärung, die 72 Förderschulen Lernen, die wir in Niedersachsen haben, durch eine politische Entscheidung aufzulösen. Diese gewachsenen Strukturen, in denen über die Jahre und Jahrzehnte unglaublich viel Kompetenz erarbeitet worden ist, politisch zu zerstören, wäre geradezu töricht! Niemand in der CDU hat Zweifel an den Chancen der Inklusion und daran, dass sie für viele Schülerinnen und Schüler der richtige Weg ist. Niemand möchte Schülerinnen und Schüler in die Förderschulen Lernen zwingen. Wir sollten die Schülerinnen und Schüler aber auch nicht dazu zwingen, eine Regelschule besuchen zu müssen.

Das Land Niedersachsen ist jetzt in der Verantwortung, die nötigen politischen Entscheidungen zu treffen und Schritte zu unternehmen, damit die Förderschulen Lernen unbegrenzt erhalten werden können. Gleichzeitig ist die Landesregierung gefordert und wird auch die neue Landesregierung gefordert sein, deutlich mehr Förderschullehrkräfte auszubilden, als dies bislang der Fall ist. Eine dramatisch schlechte Unterrichtsversorgung an den Förderschulen in Niedersachsen – im Schuljahr 2021/22 ist in den Statistiken zum entsprechenden Stichtag eine Unterrichtsversorgung von etwa 90 Prozent angegeben, der bei weitem schlechteste Wert aller Schulformen. Ein weiterer deutlich steigender Bedarf von Förderschullehrkräften an den Regelschulen, die dort für die Umsetzung der Inklusion gebraucht werden, verschärft diesen Lehrkräftemangel zusätzlich.

Unter dem Strich gilt für uns: Schulen sollten immer für die Schülerinnen und Schüler da sein, Schulpolitik sollte pragmatisch und am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet werden, ohne ideologische Hintergedanken. Die Schülerzahlen, die Berichte aus der Praxis von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften und die langen Wartelisten an den Förderschulen Lernen zeigen sehr deutlich: Wir brauchen die Förderschulen Lernen in Niedersachsen dringender denn je und dazu deutlich mehr Förderschule Lehrkräfte. Für die Förderschulen selbst und für eine gelungene Inklusion an den Regelschulen. Dafür werden wir uns als CDU einsetzen.

**„Diese gewachsenen
Strukturen, in denen
unglaublich viel
Kompetenz erarbeitet
worden ist, politisch zu
zerstören, wäre
geradezu töricht!“**

Zum Autor

Christop Plett ist Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur. Er setzt sich seit längerem in seinem Wahlkreis für den Erhalt der Pestalotzi-Förderschule Peine ein. Plett ist daher die Bedeutung, der an Förderschulen angebotenen Konzepte, vertraut.



Inhaltsverzeichnis

Christoph Plett: Förderschulen „Lernen“ müssen in ganz Niedersachsen erhalten bleiben

CDU-Niedersachsen beschließt Landesliste zur Landtagwahl 2022

Uwe Schünemann: Tornado zieht Schneise der Verwüstung durch Merxhausen

Christoph Plett: Klassenassistenten-Modell an der Eichendorffschule ist bis zum Sommer 2023 verlängert

Frank Oesterhelweg: Innovative Unternehmen im ländlichen Raum

Veronika Koch: 30-jähriges Klassentreffen in Helmstedt

Frank Oesterhelweg: Vorsorge ist über-/lebenswichtig

Frank Oesterhelweg: Politik trifft Pflege

Laura Hopmann: Unser Beitrag zum Schutz unserer Wälder

Thomas Ehbrecht: Wir schaffen ein modernes Jagdrecht für Niedersachsen

Frank Oesterhelweg: Hospiz im Gutshaus Wendessen am Start

Veronika Koch: Mehr Transparenz bei der Honig-Herkunftskennzeichnung

Christoph Plett: Kleine Anfrage zum Projekt „Gelbe Karte“

Thomas Ehbrecht: Wildtierverluste bei der Mahd vermeiden

Laura Hopmann: Versorgungssicherheit und Kosteneindämmung durch LNG-Technologie

CDU-Niedersachsen beschließt Landesliste zur Landtagwahl 2022

Die Kandidaten aus dem Landesverband Braunschweig und dem Bezirksverband Südniedersachsen-Hildesheim

Name	Beruf	Wahlkreis	Platzierung auf Landesliste
Jan-Tobias Hackenberg	Jurist	WK 1 Braunschweig-Nord	68
Oliver Schatta	KFZ-Meister	WK 2 Braunschweig-Süd	27
Sophie Ramdor	Lehrerin	WK 3 Braunschweig-West	6
Christoph Plett	Jurist	WK 4 Peine	23
Lena-Sophie Laue	Verwaltungsbetriebswirtin	WK 5 Gifhorn-Nord/Wolfsburg	30
Kerstin Meyer	Diplom-Verwaltungswirtin	WK 6 Schiesgeries	42
Cindy Lutz	Wirtschaftsförderin	WK 7 Wolfsburg	8
Veronika Koch	Dipl. Verwaltungswirtin (FH)	WK 8 Helmstedt	14
Holger Bormann	Geschäftsführer	WK 9 Wolfenbüttel-Nord	37
Sarah Grabenhorst-Quidde	Geschäftsführerin	WK 10 Wolfenbüttel-Süd/Salzgitter	32
Banafseh Nourkhiz	Dipl.-Politik- und Sozialwissenschaftler	WK 11 Salzgitter	56
Stefanie Hertrampf	Angestellte im öffentlichen Dienst	WK 13 Goslar	58
Stefan Henkel	Niederlassungsleiter	WK 12 Göttingen/Harz	70
Christian Frölich	Dipl. Wirtsch.-Ing.	WK 14 Duderstadt	75
Prof. Dr. Ludwig Theuvsen	Staatssekretär	WK 15 Göttingen/Münden	51
Carina Hermann	Volljuristin	WK 16 Göttingen-Stadt	20
Tristan Marienhagen	Student	WK 17 Northeim	66
Dr. Andreas Kroll	Arzt	WK 18 Einbeck	63
Uwe Schünemann	Landtagsabgeordneter	WK 19 Holzminden	11
Matthias König	Tischlermeister	WK 20 Hildesheim	59
Anke von Gadenstedt	Kaufmännische Geschäftsführerin	WK 21 Sarstedt/Bad Salzdetfurth	48
Laura Hopmann	Landtagsabgeordnete	WK 22 Alfeld	12

Klassenassistenten-Modell an der Eichendorffschule ist bis zum Sommer 2023 verlängert

----- CHRISTOP PLETT

Klassenassistenten-Modell an der Peiner Eichendorffschule wird vorerst bis zum Sommer 2023 verlängert. Bis zum anstehenden Herbst müssen unbedingt die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation vorliegen, um fundiert über die langfristige Zukunft des Klassenassistenten-Modells entscheiden zu können.

An der Peiner Eichendorffschule ist vor sechs Jahren ein ganz besonderes Projekt gestartet. Beim „Klassenassistentenmodell an der Eichendorffschule“ geht es darum, die Inklusion von Grundschulkindern auf andere Art und Weise zu gestalten: bekanntermaßen haben alle Kinder mit Förderbedarf im Rahmen der Inklusion einen Rechtsanspruch auf eine individuelle Schulbegleitung für ihren Schulbesuch an der Regelschule – so wäre es auch beim Besuch an der Eichendorffschule, die eine reguläre Grundschule ist.

Beim Klassenassistentenmodell wird an der Eichendorffschule aber auf die herkömmlichen Schulbegleiter weitestgehend verzichtet, stattdessen gibt es dort seit 2016 in den meisten Klassen eine Klassenassistentenkraft, die sich um die ganze Klasse kümmert.

Die Vorteile liegen auf der Hand: Die Klassenassistentenkraft kann und darf die ganze Klasse im Blick behalten und sich um alle Schülerinnen und Schüler der Klasse kümmern, auch um diejenigen ohne Förderbedarf, die schließlich auch in gewissen Situationen Unterstützung gebrauchen können. Eine klassische Schulbegleitung dürfte das nicht. Besonders wichtig ist aus meiner Sicht auch, dass bei einer Klassenassistenten für die ganze Klasse das Problem einer möglichen Stigmatisierung einzelner Kinder entfällt. Sitzt den ganzen Tag eine erwachsene Person immer fest neben ihrem ‚Problemkind‘, ist dieses dadurch schnell als ‚Sonderling‘ gekennzeichnet. Bei einer Person, die sich um die ganze Klasse kümmert, entfällt dieses Problem. Darüber hinaus entfällt auch das gesamte Beantragungsverfahren für die individuellen Schulbegleiter.

An der Eichendorffschule ist das Projekt im Sommer 2016 gestartet und sollte ursprünglich bis 2020 laufen, ist dann noch einmal um zwei weitere Jahre bis zum Sommer 2022 verlängert worden. Die Rückmeldungen von den Lehrkräften, den Schülerinnen und Schülern und den Eltern sind durchweg positiv bis begeistert.

Bei Start des Projekts und auch bei der Verlängerung vor zwei Jahren ist auch

beschlossen worden, dass parallel eine wissenschaftliche Evaluation über das Projekt und dessen Ergebnisse durchgeführt wird, auf deren Basis dann über eine mögliche Fortführung des Projekts und deren Art und Weise sowie auch über eine mögliche Ausweitung auf andere Grundschulen entschieden werden sollte. Das Problem: diese Evaluation liegt bis heute nicht vor.

Ohne die Ergebnisse der Evaluation ist aus meiner Sicht und aus Sicht der CDU/FDP-Gruppe Kreistag Peine allerdings keine fundierte Entscheidung über die Zukunft der Klassenassistenten möglich. Und nach bisheriger Beschlusslage sollte das Projekt ja im kommenden Sommer einfach auslaufen. In den vergangenen Wochen und Monaten hat es daraufhin einen massiven Einsatz von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften gegeben, das Projekt fortzuführen und auch andere Schulen von den gewonnenen Erkenntnissen profitieren zu lassen, das Projekt aber zumindest nicht einfach in diesem Sommer abrupt enden zu lassen.

Im zuständigen Jugendhilfeausschuss des Kreistages Peine haben wir daher einstimmig die Empfehlung an den Kreistag gegeben, das Projekt vorerst bis zum Sommer 2023 zu verlängern und gleichzeitig gegenüber der Kreisverwaltung dringend darauf gedrungen, bis zum anstehenden Herbst belastbare Ergebnisse der Evaluation zu bekommen, um diese politisch mit ausreichend Zeit bewerten und vor dem Sommer 2023 über die langfristige Zukunft des Klassenassistentenmodells entscheiden zu können.

Innovative Unternehmen im ländlichen Raum

----- FRANK OESTERHELWEG

Die Gründung von innovativen Unternehmen spielt bei einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung der ländlichen Räume eine große Rolle. Die Digitalisierung bietet den ländlichen Räumen die Chance, sich als attraktiver Standort für Start-ups zu positionieren. In der virtuellen Welt spielt keine Rolle, wo der physische Standort von Start-ups ist. Über das Internet können Dienstleistungen über die regionalen und nationalen Grenzen hinweg angeboten werden. Vergleichsweise geringe Mietkosten, bezahlbare Immobilien und die Nähe zur Natur sind deutliche Vorteile der ländlichen Räume gegenüber den urbanen Zentren.

Hier ist es jedoch erforderlich, dass ganzheitliche Ansätze zum Aufbau gründungsfreundlicher Strukturen in den ländlichen Räumen zu entwickeln. Prof. Asghari, Inhaber des Lehrstuhls für Entrepreneurship an der TU Braunschweig und der Ostfalia Hochschule hat bereits in mehreren Pilotprojekten bei der Stadt Seesen - damals auf Vermittlung der Landtagsabgeordneten Rudolf Götz und Frank Oesterhelweg- und dem Landkreis Helmstedt Ansätze zur Etablierung der Gründungskultur in den ländlichen Räumen entwickelt. "Hier ist es wichtige, dass die regionalen Ressourcen gebündelt und aktiviert werden" sagt Prof. Asghari.

Auf Einladung von Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg und seiner Helmstedter Kollegin Veronika Koch stellte Prof. Asghari die erzielten Ergebnisse bei den genannten Pilotprojekten Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vor. Die Ministerin begrüßte ausdrücklich die neuen Ansätze für die Stärkung der Start-up-Ökosysteme im ländlichen Raum in Niedersachsen. Für ein Flächenland wie Niedersachsen sei das Thema Unternehmensgründung in den kleinen Kommunen von großer Bedeutung.

An dem Termin nahmen neben Reza Asghari, Frank Oesterhelweg, Rudolf Götz, Veronika Koch, Erik Homan, Bürgermeister der Stadt Seesen auch Thomas Klein, Geschäftsführer der Wirtschaftsregion Helmstedt und Matthias Liedtke, Doktorand am Lehrstuhl für Entrepreneurship teil



v. l. n. r.: Koch, Liedtke, Klein, Homann, Oesterhelweg, Otte-Kinast, Götz, Prof. Asghari



Der Abi-Jahrgang von 1982 mit Veronika Koch traf sich am Julianum in Helmstedt zum 30-jährigen Klassentreffen wieder.

30-jähriges Klassentreffen in Helmstedt

Abitur-Jahrgang des Gymnasium Julianum von 1982 kam in der Kreisstadt zusammen

----- VERONIKA KOCH

Nach 30 Jahren traf sich der Abitur-Jahrgang 1992 vom Gymnasium Julianum kürzlich in Helmstedt. Rund die Hälfte der damaligen Absolventen folgten der Einladung in die ehemalige Heimat. Ein interessantes Programm hatte Veronika Koch für die ehemaligen Mitschülerinnen und Mitschüler vorbereitet: Nach einem herzlichen Empfang durch Bürgermeister Wittich Schobert, der vielen noch als Schülersprecher bekannt war, bekamen die Ehemaligen Einblicke in den aktuellen Lehreralltag durch den neuen Schulleiter Lars Herrmann.

Nachdenklich stimmte schließlich der Besuch in der Gedenkstätte Marienborn. Der Abiturjahrgang 1992 erlebte die Grenzöffnung in der Oberstufe hautnah und neben der Euphorie der vergangenen Zeit dürfen auch die Unrechttaten in der ehemaligen DDR nicht vergessen werden.

Gesellig klang der Tag traditionsgemäß in der ehemaligen Stamm-Diskotheek Number One aus - das nächste Wiedersehen wird sicher nicht lang auf sich warten lassen.

Vorsorge ist über-/lebenswichtig



----- FRANK OESTERHELWEG

"Vor Corona und den verheerenden Naturkatastrophen des vergangenen Jahres sowie vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine war es nicht besonders 'sexy', wenn man sich mit Zivil- und Katastrophenschutz beschäftigt hat. Konkret: Man wurde ausgelacht, auch mir ging es so, wenn man sich mit diesem Themenkomplex befasst und auf Missstände aufmerksam gemacht hat. Nun hat uns die Realität, leider, eingeholt", so Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg. Wohl alle staatlichen Ebenen hätten, so der Abgeordnete, diesen Themenkomplex sträflich vernachlässigt. Sirenenalarmierung, Schutzräume, Selbstversorgung, Vorsorge, Übungen ... überall gebe es große Defizite. Aber auch im privaten Bereich sei man sehr leichtfertig mit der

persönlichen Absicherung und Vorsorge umgegangen. Gleichzeitig, so der CDU-Politiker, beobachte man geradezu panikartiges und irrationales Verhalten bei aufkommenden Krisen - "die Panikkäufe von Toilettenpapier und gerade dadurch aufgetretene Versorgungsengpässe haben das mehr als deutlich gemacht", so Oesterhelweg. Notwendig sei auch im privaten Leben überlegtes und unaufgeregtes Handeln und systematisches Vorsorgen.

Frank Oesterhelweg: "Hilfestellungen dazu gibt der 'Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen', herausgegeben vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, den sich interessierte Bürgerinnen und Bürger dort bestellen oder herunterladen können.

→ [Zum Ratgeber](#)



Im Bild (socius curandi) v. l. n. r.: Martina Kühnel, Frank Oesterhelweg, Melissa Eberius, Sarah Grabenhorst-Quidde, Holger Bormann, Volker Meier.

Politik trifft Pflege

CDU-Landtagsabgeordnete beim ambulanten Pflegedienst socius curandi

----- FRANK OESTERHELWEG

Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg, Volker Meyer, Sprecher der CDU im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, sowie die CDU-Landtagskandidaten Sarah Grabenhorst-Quidde und Holger Bormann informierten sich beim ambulanten Pflegedienst über die aktuelle Situation in der Pflege.

Geschäftsführerin Martina Kühnel erklärte die Auswirkungen des bestehenden Pflegenotstandes: „Durch die fehlenden Pflegefachkräfte und Pflegekräften ist vor allem die ländliche Versorgung stark in Gefahr. Es sind nicht nur die Pflegekräfte die fehlen, sondern auch die stark gestiegenen Preise für die Kraftstoffe, die mit der momentan schon knappen Vergütung der Wegegelder nicht mehr wirtschaftlich zu erbringen sind. Täglich müssen Versorgungsanfragen von allen Pflegediensten abgelehnt werden. Die stetig gestiegenen Anfragen nach Pflegeleistungen sind nicht mehr zu bewältigen. Auch die vorhandenen Pflegekräfte kommen durch die noch immer vorhandene Pandemie an die Grenzen ihrer Arbeitskraft. Arbeitsausfälle durch Quarantäne, Schließungen von Kinderbetreuungsstätten oder gekürzte Betreuungszeiten erschweren den Arbeitsprozess enorm und belasten die Pflegenden zusätzlich.“

Die Betreuung der Kinder in unserer Stadt und im Landkreis ist nicht auf die Bedürfnisse der Pflege ausgerichtet. Hier fehlen Angebote zur Frühbetreuung und flexible Betreuungszeiten. Auch die Wochenenden werden nicht abgedeckt. Alle Pflegedienste haben sich in den letzten Jahren auf diese Situation eingestellt und es werden sogenannte „Muttertouren“ angeboten. Hier sind aber auch Grenzen erreicht. Unsere Patienten benötigen auch eine Versorgung außerhalb der angebotenen Kinderbetreuungszeiten. Mit einem flexibleren Angebot könnten wir auch das vorhandene Pflegeaufkommen besser bewältigen“, erläutert Martina Kühnel.

Frank Oesterhelweg nahm diese Situation sehr ernst und versprach mit der Stadt und dem Landkreis diese Problematik zu besprechen und Lösungen zu finden.

Zusätzliche Probleme lösen die aktuelle Corona-Politik des Landes aus. Auf der einen Seite müssen die Pflegedienste strenge Auflagen erfüllen. Die Mitarbeiter werden wöchentlich mindestens zwei Mal getestet, hierfür wird zusätzliches Personal benötigt. Das sicher sinnvolle Tragen einer FFP2 Maske belastet die Mitarbeiter zusätzlich über den Tag. Mitarbeiter in der Pflege müssen geimpft sein, hier droht zusätzlicher Personalverlust und ungeimpfte Menschen, die in der Pflege arbeiten möchten, dürfen nicht mehr eingestellt werden. „Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie werden von unserer Seite begrüßt und wir haben seit dem Ausbruch der Pandemie alle Vorkehrungen zum Schutz unserer Patienten durchgeführt. Nicht zu verstehen ist die Bundespolitik mit ihrer Uneinigkeit zum Schutz aller Bürger unseres Landes. „Was nutzt es, wenn die Pflege während der Arbeitszeit alle Schutzmaßnahmen einhält, geimpft und getestet ist, aber nach Feierabend in den überfüllten Geschäften auf Menschen trifft, die keine Masken tragen und das Verantwortungsbewusstsein für die Mitmenschen nicht in sich tragen?“, fragen Martina Kühnel und Melissa Eberius, Qualitätsbeauftragte des Pflegedienstes. Hier hat die Politik des Bundes und des Landes deutliche Defizite hervorgebracht. Die Menschen werden durch die Pflege geschützt, müssen aber selbst keine Verantwortung übernehmen.

Die Gesprächsrunde war sich einig, dass die Abschaffung der Maskenpflicht, vor allem im Einzelhandel ein Fehler ist, genauso wie die fehlende Einigung zur Impfpflicht.

Die Gesprächsrunden der Unionspolitiker mit der Pflege sollen in Zukunft regelmäßig weitergeführt werden. Ziel ist die Verbesserung der aktuellen Situation, das frühe Erkennen von anstehenden Problemen und ein besseres Verstehen der Akteure.

Unser Beitrag zum Schutz unserer Wälder

----- LAURA HOPMANN

Unsere wichtigsten Klimaschützer sind unsere Wälder. Doch die Herausforderungen für unsere niedersächsischen Wälder sind genauso zahlreich wie vielfältig. Darum stärken wir vor allem auch langfristig als Große Koalition kontinuierlich mit zahlreichen Maßnahmen und Förderprogrammen den Wald“, so die Landtagsabgeordnete Laura Hopmann als Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz.

„Wir haben in Niedersachsen ein engmaschiges Netz aus Fördermitteln für die Unterstützung unserer Wälder“, sagte Hopmann. „Wir lassen unsere Wälder und unsere Waldbesitzer nicht alleine mit ihren Herausforderungen. Wir tun nach Kräften, was wir können“, stellte die Abgeordnete fest. Auch der Bund stehe hier jedoch in der Pflicht, die Wälder zu unterstützen. „Ich danke darum unserer Ministerin Barbara Otte-Kinast, dass sie sich auf der Sonder-Agrarministerkonferenz Wald beim Bund für eine dauerhafte finanzielle Hilfe zum Schutz unserer Wälder stark gemacht hat und kann ihren Appell nur wiederholen: die 900 Millionen bis 2026 sind der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Im Grunde brauchen wir diesen Betrag jährlich für den An- und Umbau mit klimaresilienten Baumarten.“

„Mittel- und langfristig kommt es für uns darauf an, dass wir Aufforstungsprogramme weiterentwickeln, einen nachhaltigen und stabilen Waldbau ermöglichen und die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer beim Aufbau eines klimaangepassten Waldes weiter unterstützen“, so Hopmann. „Im Interesse von Mensch, Klima und Natur ist es unsere Aufgabe, nachhaltig und vor allem langfristig für den Wiederaufbau des geschädigten Waldes zu sorgen. Den Wald schützen, aufforsten und nachhaltig nutzen lautet die Devise.“

Wir schaffen ein modernes Jagdrecht für Niedersachsen

----- THOMAS EHBRECHT

„Die bislang unzureichenden Regelungen im Niedersächsischen Jagdgesetz und die teils nicht nachvollziehbaren Unterschiede zu Regelungen in anderen Bundesländern haben bei vielen Weidetierhaltern und Jägern für Verunsicherung gesorgt. Um dies zu ändern, haben wir das Jagdrecht mit einer breiten Mehrheit modernisiert, damit für alle Beteiligten wieder Verlässlichkeit einkehrt“, erläutert der Vorsitzende der Jägerschaft Duderstadt nach der abschließenden Beratung im Landtag.

Dabei zählt die Aufnahme von Wolf und Goldschakal ins Jagdrecht zu einem Meilenstein, der allerdings keinen Freibrief zum Abschuss darstellt, denn der Schutzstatus der Tiere bleibt unverändert, stellt der Abgeordnete klar.

„Allerdings kann nur über ein wirksames Wildtiermanagement das Ziel, die Wilddichten auf ein ökosystemverträgliches Niveau abzusenken und auch dort zu halten, erreicht werden“, betont Ehbrecht. „Dies wurde auch im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition in Berlin als Ziel definiert, denn dort wurde vereinbart, dass durch eine Überarbeitung der Monitoringstandards die Anzahl der in Deutschland lebenden Wölfe realitätsgetreu abgebildet und den Ländern europarechtskonform ein regional differenziertes Bestandsmanagement ermöglicht werden soll.“

Ein weiterer Aspekt ist die Aufhebung des jagdrechtlich bestehenden Verbots von Nachtsichtvor- und aufsätzen für Zielhilfsmittel, die einen Bildwandler oder eine elektronische Verstärkung besitzen und für Schusswaffen bestimmt sind. „Gerade im Hinblick auf einen gezielten Schuss und die Vermeidung von Tierleid, ist es widersprüchlich, auf eine Technik zu verzichten, mit der ein Schuss zielgenauer abgegeben werden kann. Deshalb ist es der einzig richtige Schluss, die Nachtsichttechnik auch für Raubwild freizugeben“, so der CDU-Politiker abschließend.





Vor dem Gutshaus in Wendessen (Photo: Philipp Ziebart) v. l. n. r.: Frank Oesterhelweg, Dagmar Ammon, Rosemarie Heuer, Volker Meier, Klaus-Martin Jungkurth und Holger Bormann.

Hospiz im Gutshaus Wendessen am Start

----- FRANK OESTERHELWEG

"Die bemerkenswerte Arbeit des Hospizvereins Wolfenbüttel verfolgen, begleiten und unterstützen wir schon lange mit großem Interesse. Nach einem Treffen mit Vorstandsmitgliedern des Vereins und dem sozialpolitischen Sprecher unserer Landtagsfraktion Volker Meier in Hannover waren wir mit ihm nun 'zum Gegenbesuch' im Gutshaus Wendessen zu Gast, wo der Verein ein Hospiz bauen und betreiben wird", so CDU-Landtagsabgeordneter Frank Oesterhelweg. Gemeinsam mit Landtagskandidat Holger Bormann informierten sich die beiden Parlamentarier über die Planungen für das repräsentative Gebäude und die entsprechenden Teile des angrenzenden Parks.

Dagmar Ammon und Rosemarie Heuer, fachlich unterstützt von Klaus-Martin Jungkurth, führten durch das Haus und betonten dabei auch das gute Verhältnis zur Nachbarschaft im angrenzenden Wohngebiet. "Ich war wieder einmal schwer beeindruckt nicht nur vom sozialen Engagement, sondern auch vom unternehmerischen Mut des Hospizvereins, Respekt!", so Frank Oesterhelweg.

→ [Mehr Informationen](#)

Mehr Transparenz bei der Honig-Herkunftskennzeichnung



----- VERONIKA KOCH

Der Niedersächsische Landtag in Hannover beschloss am Mittwoch eine Parlamentsinitiative, die die Helmstedter Landtagsabgeordnete Veronika Koch als verbraucherschutzpolitische Sprecherin der CDU vorstellte. „Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich beim Kauf sicher sein, dass ein Produkt ordnungsgemäß produziert oder hergestellt wurde. Nur so stellen wir das Vertrauen zwischen den Produzenten und Konsumenten sicher.“

Deswegen fordern wir bessere und umfassendere Kontrollen von Honig in den Exportländern und bei der Einfuhr in die EU. Wir wollen darauf hinwirken, dass auf europäischer Ebene eine klare Herkunftskennzeichnung gefordert wird. Denn eine klare Herkunftskennzeichnung trägt zu mehr Transparenz bei – ganz im Sinne unserer Verbraucherinnen und Verbraucher“, erklärt die verbraucherschutzpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Veronika Koch.



Kleine Anfrage zum Projekt „Gelbe Karte“

----- CHRISTOP PLETT

Der Landkreis Peine hat vor wenigen Wochen zusammen mit der Peiner Polizei das Projekt "Gelbe Karte" ins Leben gerufen. Dabei bekommen Personen, die durch bestimmte Straftaten oder Ordnungswidrigkeit auffällig werden, per Post die sprichwörtliche Gelbe Karte gezeigt beziehungsweise zugeschickt, inklusive eines Schreibens, in dem Sachverhalt und Vorwurf, die rechtlichen Grundlagen und die möglichen Folgen weiterer Vergehen erklärt werden. Wie im Sport stellt die Gelbe Karte im besagten Projekt die letzte Verwarnung gegenüber den Betroffenen dar, auf die bei weiteren Verstößen der Entzug des Führerscheins erfolgt.

Anders als beim Führerscheinentzug üblich, geht es dabei nicht nur um Verkehrsdelikte, sondern um Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, die nichts mit dem Straßenverkehr zu tun haben, insbesondere um Rohheitsdelikte. Da gerade bei Rohheitsdelikten von einem gesteigerten Aggressionspotenzial und einem mangelnden Vermögen zur Bereitschaft zu gegenseitiger Rücksichtnahme ausgegangen werden muss, begründen gerade Verstöße dieser Art berechnete Zweifel an der Eignung zum Besitz oder Erwerb – betroffen können in Form einer Sperre auch solche Personen sein, die erst beabsichtigen, einen Führerschein zu erwerben – eines Führerscheins. Das Projekt basiert auf einer engen Kooperation von Polizei einerseits und dem Landkreis als Verkehrsbehörde andererseits. Die Peiner Polizei verfügt über einen eindeutigen Katalog, bei welchen Verstößen eine Meldung an die Verkehrsbehörde erfolgt.

Das Projekt Gelbe Karte setzt auf Prävention und verzichtet im ersten Schritt auf direkte Konsequenzen wie den Führerscheinentzug. Gleichzeitig schafft es

die Möglichkeit, auch für wiederholte Verstöße abseits des Straßenverkehrs spürbare und schmerzhaftere Konsequenzen zu ziehen, die über übliche Geldstrafen hinausgehen und so für viele Personen noch deutlich direkter spürbar sind. Als Nebeneffekt kann mitunter auch von einer positiven Wirkung im Kampf gegen die Clan-Kriminalität ausgegangen werden, da gerade bei Personen aus Clan-Umfeldern eine starke Fokussierung auf teure Autos beobachtet werden und ein drohender Führerscheinverlust demzufolge als besonders schmerzhaft eingeschätzt werden kann.

Ich halte das Projekt der Gelben Karte für einen hervorragenden Ansatz, um gerade bei Rohheitsdelikten noch einen deutlich stärkeren und mitunter schmerzhafteren Hebel gegenüber den Tätern zu haben, als dies bei klassischen Geldstrafen der Fall wäre. Gleichzeitig setzt das Projekt auf Prävention: Im ersten Schritt erfolgt ja nur die Gelbe Karte, danach gibt es zunächst immer die Chance auf Bewährung, der Führerschein wird erst später eingezogen.

Nachdem ich mich auch im persönlichen Gespräch mit dem Leiter des Peiner Polizeikommissariats, Christian Priebe, über erste Erfolge des Projekts ausgetauscht habe, habe ich eine kleine Anfrage an die Niedersächsische Landesregierung verfasst, in der ich unter anderem erfrage, ob es in anderen Kommunen Niedersachsens bereits ähnliche Projekte gibt, falls ja, ob dort auch erste Ergebnisse vorliegen und falls nicht, ob das Peiner Projekt nicht beispielhaft für ganz Niedersachsen sein kann und ob die Landesregierung daher eine Ausweitung auf weitere Kommunen oder das ganze Land für zielführend hält.

Wildtierverluste bei der Mahd vermeiden

----- THOMAS EHBRECHT

Die erste Frühjahrsmahd steht an und fällt zusammen mit der Brut- und Setzzeit vieler Wildtiere, die in Wiesen und Grünrognen ihren Nachwuchs aufziehen. Natürliche Schutzstrategien wie das „Ducken und Tarnen“ schützen zwar vor Fressfeinden wie dem Fuchs, nicht aber vor den Erntemaschinen. Darauf machen die Landesjägerschaft Niedersachsen, die Landwirtschaftskammer Niedersachsen und das Landvolk Niedersachsen aufmerksam. Die Verbände empfehlen gemeinsam verschiedene Maßnahmen zur Prävention, die Wildtierverluste bei der Mahd vermeiden sollen.

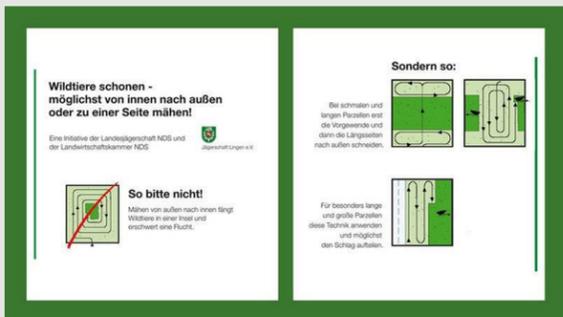
Von innen nach außen mähen lautet die grundsätzliche Empfehlung für die Mäharbeiten. Diese einfache Regel ermöglicht es Rehen, Feldhasen und Co. noch während der Mahd die Flächen nach außen durch das stehende Gras zu verlassen. Je nach Situation, gilt es flächenspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen: An stark befahrenen Straßen etwa, ist einseitig von der Straße her mit der Mahd zu beginnen. Besondere Aufmerksamkeit ist in den Saumbereichen gefragt - diese sind als Aufenthaltsorte bei vielen Wildtieren besonders beliebt und erfordern zusätzliche Vorsicht. In Flächen mit bekanntem Wildvorkommen sollte bei den Mäharbeiten die Geschwindigkeit verringert werden und besondere Aufmerksamkeit gelten. Da sich viele Wildtiere vor hellem Scheinwerferlicht instinktiv ducken und nicht flüchten, sollte in der Dunkelheit auf Mäharbeiten möglichst gänzlich verzichtet werden.

Bei der Ernte von Ganzpflanzensilage verspricht die Begrenzung der Schnitthöhe auf etwa 15 bis 20 Zentimeter in der kritischen Aufzuchtzeit zusätzlichen Erfolg – auch und gerade bei Bodenbrütern.

Effektive Wildtierrettung beginnt aber bereits vor der Mahd. Bewirtschafter von Flächen sind tierschutzrechtlich verpflichtet, bei landwirtschaftlichen Arbeiten den Tieren vermeidbare Leiden oder Qualen zu ersparen. Geplanten Erntetermine sollten rechtzeitig mit dem Jagdpächter abgesprochen werden.

Kostengünstig und effektiv sind Knistertüten oder Flutterbänder in den Flächen. Auch der Einsatz von elektronischen Wildscheuchen hat sich bewährt. Jeweils ein Gerät pro drei Hektar kann zur Beunruhigung ausreichen. Als sehr erfolgreich hat sich auch der Einsatz so genannter akustischer Wildretter erwiesen. Diese an den Erntemaschinen angebrachten Signaltongerger erzeugen einen sehr hohen Piepton, der Wildtiere zur Flucht veranlasst.

Neuerdings kommen vermehrt Drohnen mit Wärmebild- oder Infrarot-Technik zum Einsatz. Sie können helfen, Jungtiere auf großen Flächen zu lokalisieren, um sie so vor den Erntemaschinen zu retten. Da deren Einsatz aber noch nicht flächendeckend gewährleistet ist und zudem stark von äußeren Faktoren wie z.B. der Außentemperatur abhängig ist, sind die bewährten Strategien zur Vermeidung von Wildtierverlusten bei der Mahd, zu den auch das Absuchen der Wiesen mit Jagdhunden zählt, weiterhin von essenzieller Bedeutung, so die Verbände.



Versorgungssicherheit und Kosteneindämmung durch LNG-Technologie

----- LAURA HOPMANN

„Der Baubeginn des neuen LNG-Terminals in Wilhelmshaven Anfang Mai bedeutet für Niedersachsen und Deutschland einen großen Schritt in Richtung Unabhängigkeit von russischem Gas, und hin zu mehr Versorgungssicherheit“, sagte die Landtagsabgeordnete Laura Hopmann. „Die aktuelle Situation stellt uns in Niedersachsen und bundesweit vor mächtige Herausforderungen bei der Energieversorgung“, so Hopmann. „Erstens müssen wir unabhängig von unzuverlässigen Energielieferanten werden - Sicherheit und Souveränität wieder herstellen. Zweitens müssen wir unsere Klimaschutzziele weiter im Blick behalten. Und drittens müssen wir Kosten eindämmen bei den Energiepreisen, die die Menschen und unsere Unternehmen schwer belasten.“

„Da wir als einziges Industrieland der Welt gleichzeitig aus Kohle und Kernenergie aussteigen, werden unter anderem Gas und Flüssiggas als Zwischenlösung immer wichtiger“, sagte die Despetalerin. Der LNG-Technologie und dem Aufbau von LNG-Kapazitäten in Niedersachsen komme dabei eine Schlüsselrolle zu.

Jetzt müsse es darum gehen, den Bau der LNG-Terminals zu beschleunigen und parallel dazu den Ausbau der erneuerbaren Energien noch einmal deutlich zu verstärken. Vor allem im Bereich Windkraft und Photovoltaik. „Die Energiewende kann nur mit einem Mix aus erneuerbaren Energiequellen zur Energieerzeugung gelingen“, betonte Hopmann. „Der Weg zu einer klimaneutralen, bezahlbaren und sicheren Energieversorgung führt mittelfristig über den Bau von LNG-Terminals und langfristig über den verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien.“

Impressum

Die „HiBs-Gruppe

Thomas Ehbrecht
Laura Hopmann
Veronika Koch
Frank Oesterhelweg
Christoph Plett
Oliver Schatta
Uwe Schünemann

Redaktion

Luca Heinemann
Politischer Referent

Reinhäuser Landstraße 5, 37083
Göttingen

hibs-team.heinemann@outlook.de

Impressum

Herausgeber: „HiBs“-Gruppe im
niedersächsischen Landtag

Verantwortlicher: c/o Uwe
Schünemann MdL

Stellv. Fraktionsvorsitzender

Landtag live

Nächstes Plenum vom 28 Juni.
bis 01. Juli 2022

[Zum Livestream](#)